



Daniel Günther bei 1. Einsatzhundertschaft

Eutin-Hubertushöhe: Ministerpräsident lobt hohe Professionalität der Einsatzkräfte
GdP erneuert Forderung nach zweiter fester Einsatzhundertschaft

Eutin - Es war für Daniel Günther der dritte Besuch in der PD AFB. Nach einem gemeinsamen Grillabend mit Einsatzkräften nach dem G-20-Gipfel in Hamburg und einer Informationsvisite im Einsatztrainingszentrum bei der Sommertour vergangenen Jahres war der schleswig-holsteinische Ministerpräsident letzte Woche erneut auf Hubertushöhe. Dieses Mal galt sein Interesse insbesondere der 1. Einsatzhundertschaft.

Knapp drei Stunden dauerte der rege Austausch Günthers mit der Leiterin der PD AFB Maren Freyher, dem Chef der Einsatzhundertschaft Frank Knoop und dem Leiter der Fachinspektion Aus- und Fortbildung Arne Dunka. Dabei waren auch der Stellvertretende Leiter des Führungsstabs Jens Borchardt sowie mehrere Zugführer und weitere Einsatzbeamtinnen und -beamten der Hundertschaft. Neben den Gesprächen ergänzte eine Übung von Beamten der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit den Besuch des Ministerpräsidenten. Dabei wurden die im Rahmen eines Pilotprojektes beschafften Drohnen als neues Einsatzmittel vorgestellt.



Am Ende zeigte sich Daniel Günther vor allem von der hohen Professionalität der Einsatzkräfte beeindruckt. „Insgesamt ist die Polizei in Schleswig-Holstein gut aufgestellt. Motivierte Beamtinnen und Beamte sorgen täglich für Sicherheit und Ordnung“, befand der CDU-Politiker. Zugleich nutzte der Ministerpräsident die Gespräche, um den Beamtinnen und Beamten für ihr Engagement zu danken und die Unterstützung der Landesregierung zu bekräftigen.

Auch die Einsatzbelastung der 1. Einsatzhundertschaft und die Notwendigkeit der Einrichtung einer zweiten Einsatzhundertschaft für die Landespolizei waren Gegenstand der Gespräche. Auf Nachfrage der GdP zog sich Günther auf den aktuellen Sprachgebrauch des Innenministeriums zurück. Es bleibe angesichts des in den Haushalten berücksichtigten Zuwachses um 500 Stellen bei der Vereinbarung des Koalitionsvertrages: Die zusätzlichen Beamtinnen und Beamten würden zunächst auf die Dienststellen verteilt, um in der

Fläche die Bereiche Einsatz, Präsenz und Ermittlung zu verstärken. „Die Bildung einer zweiten Einsatzhundertschaft wird geprüft“, teilte Pressesprecher Peter Höver mit.

Mit Zustimmung reagierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf den Besuch von Daniel Günther bei der 1. Einsatzhundertschaft. „Solche Gespräche des Ministerpräsidenten sind sicher sehr hilfreich, weil Daniel Günther dann aus erster Hand von Kollegen und Kollegen erfährt, wie es ihnen geht und wo der Schuh drückt. Es bleibt nur zu hoffen, dass ihm dabei auch klar wird, wie wichtig die Einrichtung einer zweiten professionellen Einsatzhundertschaft für die Landespolizei ist“, stellte der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger fest. Bereits seit Jahren fordere die GdP eine solche weitere Einsatzhundertschaft. „Und dieses Ziel werden wir auch nicht aus den Augen verlieren“, kündigte Jäger an. Auch in der Landesregierung dürfte längst klar sein, dass die 500 zusätzlichen Stellen, die die Landespolizei bis 2023 verstärken sollen, nicht ausreichen werden. Nur mag es offenbar niemand aussprechen“, so Torsten Jäger.

Dabei verwies er auf die Einsatzbelastung der 1. Einsatzhundertschaft:

- Die 1. Einsatzhundertschaft verbuchte im vergangenen Jahr mit der gesamten Einheit bzw. einzelnen Einheiten allein in Schleswig-Holstein 957 Einsätze; im Jahr 2017 waren es noch 693. Außerhalb des Landes wurden 45 Einsatztage registriert (2017: 40 Einsatztage).
- Die Einsatzstunden lagen 2018 insgesamt bei 187.327 Einsatzstunden (2017: 179.936). Und an Wochenenden wurden im vergangenen Jahr 73.644 Einsatzstunden geleistet (2017: 60.990 Stunden).

Der 1. Einsatzhundertschaft gehören 213 Beamte an, davon 38 Frauen (Stand April 2019). Damit hat im Durchschnitt jede Beamtin und jeder Beamter im vergangenen Jahr 880 Einsatzstunden geleistet. Folglich ist jeder Mitarbeiter knapp sechs Monate im Einsatz. Mit der Einrichtung einer echten weiteren festen Einsatzhundertschaft würden der Einzeldienst und die Direktion für Aus- und Fortbildung in Eutin weniger geschwächt, betont Jäger. Helfen könnte nach Auffassung des GdP-Landesvorsitzenden auch die schwarz-rote Bundesregierung in Berlin, und zwar, wenn sie ein Versprechen des Koalitionsvertrags einhält. „Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD sieht Personalverstärkungen für die Länderpolizeien vor“, ruft Jäger in Erinnerung. Von den 7.500 zusätzlichen Polizisten würden nach dem Königsteiner Schlüssel rund 260 Stellen auf Schleswig-Holstein entfallen. Torsten Jäger: „Hier muss der Bund liefern beziehungsweise finanzieren. Dann könnte eine professionelle zweite Einsatzhundertschaft am schnellsten realisiert werden.“

Text: Thomas Gründemann / Foto: „Staatskanzlei SH“

